

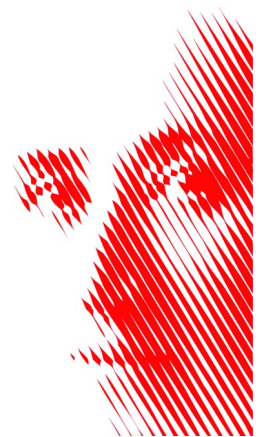
Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung

Geschlechtergerechtigkeit als Partizipationskonzept -
Gender Budgeting als Partizipationsmethode.
Erfahrungen und Probleme aus theoretischer und praktischer
Sicht

Zeitraum der Untersuchung: September 2003 – August 2004

Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erarbeitet von Viola Schubert-Lehnhardt

rls



Inhaltsverzeichnis

1. Zielstellung und Methode der Untersuchung, Begriffsklärungen
2. Tabellarische Übersicht zu Aktivitäten in Deutschland
3. Kurzbeschreibung dieser Aktivitäten
 - 3.1. Auf der kommunalen Ebene
 - 3.2. Auf der Ebene von Bundesländern
 - 3.3. Andere Institutionen
4. Auswertung dieser Aktivitäten hinsichtlich „Beispiele guter Praxis“ und Defizite
 - 4.1. Ausgangspunkte für Gender Budgeting
 - 4.2. Internationale Erfahrungen von Frauen mit Budgets
 - 4.3. Der Beitrag von Gender Budgeting zur generellen Demokratisierung von Verwaltungsprozessen
 - 4.4. Entwicklungen in Deutschland
 - 4.5. Voraussetzungen für die erfolgreiche Einführung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting
5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die weitere Arbeit der Rosa- Luxemburg- Stiftung

6. Anhang
 - 6.1. Definitionen und Kernaussagen zum Begriff Gender Budgeting
 - 6.2. Literaturverzeichnis
 - 6.3. Wichtige Internetadressen
 - 6.4. Dokumente

1. Zielstellung und Methode der Untersuchung, Begriffsklärungen

Zielstellung

Der Begriff Gender Mainstreaming wurde 1985 auf der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi geprägt und mündete 1986 in einen Beschluss der vereinten Nationen über die Rechte der Frau. 1995 auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking kam es zur Verabschiedung der entsprechenden Aktionsplattform zur Unterstützung von Gender Mainstreaming.

Demgegenüber lässt sich der Begriff Gender Budgeting¹ nicht so eindeutig kalendarisch verorten. Hinzu kommt, dass feministische Kritik und Ansätze einer geschlechtsbewussten Wirtschaftstheorie sich bereits vor der Konferenz in Nairobi mit dieser Problematik beschäftigten, ohne jedoch den Begriff Gender Budgeting zu gebrauchen. Er (und die Anwendung sowie Diskussion entsprechender Instrumente) taucht seit Mitte der 80er Jahre in der internationalen Literatur² auf, in Deutschland vermehrt jedoch erst seit 2000.

Dies allein schon verweist auf das Zurückbleiben der BRD auf diesem Gebiet. Deutlicher wird dies (neben der Literaturanalyse) beim Vergleich entsprechender Aktivitäten: weltweit gab 2002 es 39 arbeitende Budgetinitiativen auf nationaler Ebene. Davon zwölf in Afrika, in Asien und Lateinamerika jeweils acht, in Europa sieben sowie in Nord-Amerika und Ozeanien jeweils zwei³. Eine ausführliche Beschreibung findet sich bei D. Budlender (2002).

In Deutschland finden sich erst 2003 nennenswerte Ansätze, die meisten davon auf kommunaler Ebene. Mit Berlin hat zwar streng genommen bereits 2002 ein Bundesland eine Entscheidung zur Implementierung von Gender Budgeting getroffen, die Betrachtung der Hauptstadt Berlin als Bundesland stellt jedoch im Vergleich zu den anderen Bundesländern eine spezifische Situation dar. Insofern kann erst seit 2004 mit Nordrhein-Westfalen von einem Ansatz auf Landesebene gesprochen werden.

Auf Grund der damit einhergehenden spärlichen Literatursituation in Deutschland wurde im Anhang 6.1. wurde eine Zusammenstellung von verschiedenen Erklärungsansätzen bzw. Kernaussagen zur Strategie des Gender Budgeting zusammengestellt.

Der Einstieg in Aktivitäten zu Gender Budgeting erfolgte in vielen Kommunen durch politische Blockaden bei der Finanzierung von Fraueneinrichtungen (vor allem von Frauenhäusern). Es war also zunächst weniger die theoretische

¹ In der Literatur gibt es eine Reihe weiterer im gleichen Sinne gebrauchter Begriffe: Frauenbudgets, geschlechtsspezifische Budgetanalyse, Gender Auditing von Budgets, geschlechtersensitive Budgetanalyse. Da diese Studie vorrangig als Analyse bestehender Praxiseinführungen dieses Instruments angelegt ist, soll auf diese unterschiedlichen Begriffe zwar hingewiesen werden, auf eine Analyse von bestehenden feinen Unterschieden zwischen ihnen wird jedoch verzichtet.

² Eine ausführliche Analyse findet sich bei Regina Frey (2003)

³ vgl. Deutscher Bundestag (2002) Bericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Opladen, S. 106

Kenntnis und Überzeugung von der Notwendigkeit einer geschlechtergerechten kommunalen Haushaltsführung, sondern eher der „nackte Überlebenskampf“ einzelner Projekte und Einrichtungen, die Frauen an dieses politische Instrument heranführten (z.B. in der Stadt Münster).

Zielstellung der vorliegenden Untersuchung war es, die in der BRD aktuell vorhandenen Aktivitäten auf kommunaler Ebene zu erfassen und auszuwerten. Dabei ermittelte Hinweise auf Gender Budgeting Initiativen in anderen Bereichen (an Hochschulen, im Deutschen Städtetag u.a.m.) wurden in die Übersichtstabelle mit aufgenommen um evt. weitere Recherchen zu erleichtern. Diese Ansätze wurden jedoch im Gegensatz zu den kommunalen Aktivitäten nicht systematisch weiter recherchiert.

Bei der Erfassung von Ansätzen auf kommunaler Ebene kam es vor allem auf zwei Punkte an:

1. Auswertung erreichter Ergebnisse im Sinne von Beispielen für „good practice“⁴
2. Aufzeigen von Defiziten, Fehlern bzw. Stolperstellen in den bisher beschrittenen Formen und Wegen zu Gender Budgeting.

Aus beiden Teilen leiten sich anschließend Empfehlungen ab, sowohl für Einrichtungen, die diesen Weg beschreiten möchten, als auch insbesondere für die weitere Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

⁴ Im Sinne von J. Budlender wird hier stets von „good practice“ gesprochen anstelle des häufig anzutreffenden Begriffs „best practice“, da letzterer so verstanden werden könnte, dass es a) ein bestes Beispiel gibt und b) ein Weg der beste für alle Kommunen, Vereine etc. auf dem Weg zu gender budget sei.

Methodische Vorbemerkung zu den Begriffen Gender Mainstreaming und Gender Budget⁵

In den Beschreibungen zu Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen wird sich zum Teil zeigen, dass die Grenzen zwischen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting fließend sind. Daher erscheint eine kurze *Bemerkung zum Unterschied beider Begriffe* wichtig:

Gender Budgeting ist die „Königsdisziplin“ der gesamten politischen Strategie Gender Mainstreaming, da hier unmittelbar in Finanzströme eingegriffen werden soll. Auch alle anderen Aktivitäten im Sinne des Gender Mainstreaming ziehen bei konsequenter Realisierung ab einem bestimmten Punkt ihrer Umsetzung haushaltspolitische Veränderungen nach sich, nur wird dies nicht von Anfang an als klares Ziel ausgesprochen. Meist sind die daraus hervorgehenden Forderungen nach finanziellen Umorientierungen erst Ergebnis eines längeren intensiven Prozesses der Arbeit an Gender Mainstreaming. Insofern ist der Einstieg über Gender Mainstreaming sowohl theoretisch und methodisch notwendig, als auch einfacher für die Schaffung einer Lobby in den Gremien (weil es zunächst vordergründig eben nicht um Finanzen geht). Einige Gruppen haben aus dieser Sichtweise m.E. „eine Tugend gemacht“, d.h. sie sprechen nach wie vor von dem unverfänglicherem Begriff Gender Mainstreaming, obwohl sie bereits mit Gender Budgeting begonnen haben. Teilweise wird auch von Gender Mainstreaming gesprochen und Gender Budgeting als selbstverständlicher Bestandteil in den entsprechenden Beschlüssen mit eingeschlossen – s. z.B. den Antrag der FDP und das entsprechende Sitzungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung in der Stadt Karlsruhe, die Antwort des Präsidenten des Bremer Senats auf die große Anfrage der SPD und die Aussagen in der Broschüre „Gender Mainstreaming in Frankfurt am Main“ (im Anhang). Als „Übergangsinstrument“ auf diesem Weg können Beschlüsse von Kommunen oder Bundesländern angesehen werden, die z.B. die öffentliche Auftragsvergabe unter bestimmten Bedingungen mit Frauenförderung verknüpfen (so z.B. seit 1995 in München⁶).

⁵ Zu beiden Begriffen existieren in Deutschland bereits eine Reihe von Handbüchern und Praxisempfehlungen, es gibt jedoch keine allgemein verbindliche und durchgehend genutzte Übersetzung. Das hat nicht nur zur Folge, dass Publikationen und Vorträge zu diesen Konzepten nach wie vor stets mit einer Begriffserläuterung beginnen müssen, sondern wirft die durchaus berechtigte Frage auf, „ob es nicht bereits eine Diskriminierung darstellt, vor einem Begriff zu stehen, den frau/man nicht kennt“. M.E. ist dies keineswegs nur für ein hübsches Bonmot einer Veranstaltungsteilnehmerin, sondern ein durchaus ernstzunehmendes Problem bei der Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise in die Realisierung der jeweiligen politischen Ansätze.

Diese Scheu vor der Theorie ist jedoch offensichtlich nicht nur bei den BürgerInnen anzutreffen. Die Leiterin des Frauenbüros der Stadt Münster, Frau M. Arndts-Haupt, empfiehlt ihren KollegInnen auf der Sitzung des Frankfurter Frauenausschusses: „Zuviel Gender-Theorie wirkt genauso abschreckend wie feministische Grundsatzdiskussionen...Konzentrieren Sie ihre Kapazitäten auf die praxisbezogenen Modellansätze.“ s. Arndts-Haupt M. Gender Mainstreaming. Stellungnahme im Fachausschuss des Rates der Stadt Frankfurt am 12.05.2003 Anlage zur Niederschrift über die 20. Sitzung des Frauenausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 12.05.2003
⁶ s. Gerechte Vergabe öffentlicher Mittel – Prüfkriterium Gleichstellung von Frauen und Männern. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen vom 20.07.1995 und Gerechte Vergabe öffentlicher

Die Scheu zur Anwendung des Begriffes Gender Budgeting hat weiterhin damit zu tun, dass sehr verbreitet die Auffassung besteht, von Gender Budgeting könne nur dann gesprochen werden, wenn der gesamte Haushalt einer Kommune entsprechend budgetiert wird.

Wesentlicher als die genannte Vermischung bzw. Gleichsetzung der Begriffe Gender Mainstreaming und Gender Budgeting ist eine andere begriffliche Unklarheit: Im Deutschen wird als Übersetzung für Gender Budgeting einerseits der Begriff *geschlechterspezifische* andererseits der Begriff *geschlechtergerechte* Budgetanalyse gebraucht. Beide Begriffsinhalte haben jedoch unterschiedliche Akzentsetzungen. Die südafrikanische Gender-Budget-Expertin Debbie Budlender unterscheidet folgende zwei Fragestellungen: Haben Frauen und Männer den gleichen Zugang zu öffentlichen Finanzen? und: Führen die Budgetausgaben zu mehr Gleichheit zwischen Frauen und Männern? Allgemeines Ziel von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting ist die Veränderung bestehender Ungleichheiten bzw. Benachteiligungen eines der Geschlechter. Diesem politischen Veränderungsansatz ist die zweite Fragestellung (und auch der zweite o.g. Begriff) näher als die erste (bzw. der erste Begriff). Geschlechtsspezifischen Budgetanalysen können zwar als Voraussetzung und erster Schritt zu Geschlechtergerechtigkeit bei der Mittelverteilung angesehen werden, haben aber noch nicht notwendig und konsequent den Fokus der politischen Veränderung.

Vorgehensweise bei der Erstellung der Studie

a) bei der Datenerhebung

1. Schritt:

Zur Erstellung einer bundesweiten Übersicht zu vorhandenen Initiativen wurde die vorhandene Literatur im weitesten Sinne, d.h. Bücher, Artikel, flyer von Organisationen und Vereinen, Einladungen zu Veranstaltungen sowie internet-Texte gesichtet und die genannten Orte bzw. Einrichtungen in einer Tabelle erfasst.

2. Schritt:

Alle Einrichtungen wurden telefonisch kontaktiert und

- nach ihren Erfahrungen und erreichten Ergebnissen zu Gender Budgeting befragt
- um Zusendung evt. vorhandener Materialien (Beschlüsse von Gremien, Publikationen, Zeitungsberichten, flyern etc.) gebeten

- um Hinweise auf ihnen bekannte Aktivitäten in anderen Kommunen, Vereinen oder Gremien gebeten. Diese wurden dann gleichfalls in die Übersicht aufgenommen und kontaktiert.

3. Aus den Erstkontakten 2003 ergab sich häufig, dass bestimmte Vorgänge (Beschlussfassungen, Publikationen, weitere Aktivitäten) im Laufe des Jahres 2004 erfolgen sollten. Hier wurde entsprechend einer Zeitleiste nachkontaktiert. Verschiebungen gegenüber den ursprünglichen Vorhaben der einzelnen Initiativen sind im Text ausgewiesen.

b) bei der Verschriftung und Auswertung

Bereits bei den ersten Kontakten mit einer Reihe in der Literatur genannten Einrichtungen bzw. Personen(gruppen) zeigte sich, dass in der Literatur teilweise falsche Angaben zu vorhandenen Initiativen gemacht werden, oder dass eine Initiative zwar geplant, aber letztendlich nicht durch das entsprechende Gremium bestätigt wurde und daher nicht in Gang gesetzt werden konnte. Diese „Fehlmeldungen“ sind inzwischen bei den InsiderInnen zwar bekannt, ziehen sich jedoch häufig weiterhin durch die Literatur hindurch. Um künftige Irrtümer zu vermeiden, sind sie daher in der Übersicht mit aufgelistet und mit „keine Aktivitäten“ gekennzeichnet. Für die Nachnutzung der vorgelegten Studie ist stets der erfasste Zeitraum zu beachten.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Unterscheidbarkeit zwischen verschiedenen Ebenen und Reichweiten von Aktivitäten hat es sich als günstig erwiesen die Tabelle wie folgt zu gliedern:

- Kommunen

Hier handelt es sich dann in der Regel um Aktivitäten die vom Referat Gleichstellung bzw. der Frauenbeauftragten⁷ koordiniert werden. Teilweise arbeiten auch autonome Vereine in speziellen Bereichen.

- Bundesländer

Da dies relativ selten (bisher nur 3 mal) der Fall ist, beginnt die Darstellung nicht mit dieser Ebene.

- Einrichtungen

die sich nicht nur auf ein Bundesland erstrecken.

⁷ die Bezeichnungen der entsprechenden Gremien in den kommunalen Verwaltungsorganen ist bundesweit unterschiedlich

Im anschließenden Teil werden dann die eruierten Erfahrungen kurz in alphabetischer Reihenfolge beschrieben.

Im letzten Teil erfolgt eine Auswertung im Sinne von gemachten Erfahrungen, Defiziten bzw. Stolpersteinen und Empfehlungen.

2. Tabellarische Übersicht

Auf Grund der vor allem in der Praxis nicht immer stringent möglichen Abgrenzung von Gender Mainstreaming (abgekürzt mit GM) und Gender Budgeting (GB) gibt die folgende Übersicht Aktivitäten zu beiden Strategien wieder. Die in der Spalte „vorhandenes Material“ aufgeführten Unterlagen befinden sich im Anhang der Studie bzw. sind im Literaturverzeichnis mit allen bibliographischen Angaben aufgeführt.

3. Kurzbeschreibung der Aktivitäten

3.1. Auf kommunaler Ebene

Berlin⁸

- im Mai 2001 Entstehung der „Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung in Berlin“, beteiligt sind Frauen aus Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, der Wissenschaft, Parteien und Gewerkschaften
 - Rahmenantrag – Umsetzung des Gender Mainstreaming Ansatzes in der Berliner Politik und Verwaltung – Senatsbeschluss Nr. 225/02 vom 14.05.2002

Die Umsetzung des Beschlusses zu Gender Mainstreaming soll in 3 Phasen erfolgen:

Pilotphase: April 2003 (modellhafte Erprobung)

Hauptphase: April 2004 – März 2006 (Einbeziehung aller Senats- und Bezirksverwaltungen mit Pilotprojekten)

Flächendeckende Einführung: ab 2006

- Beschluss zu Finanzpolitischen Instrumenten des Gender Mainstreaming (Gender Budget) – DRS 15/601 vom 27.06.2002. Dieser Beschluss sieht vor, „in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der Vorlage der Haushaltspläne künftig die Gesamtbreite der jeweiligen Haushaltsansätze Gegenstand einer gendersensiblen Analyse und Berichterstattung gegenüber dem Hauptausschuss wird“.

- Einsetzung der Berliner Landeskommission – Senatsbeschluss Nr. 948/03 vom 4. 03.2003. In deren konstituierenden Sitzung verständigen sich die Mitglieder darüber, dass Gender Budget als instrumenteller Bestandteil des Gender Mainstreaming zu betrachten ist und ein zentral zu bearbeitendes Schwerpunktthema sein soll.

- 22.07.2003 - Erster Bericht über Gender Mainstreaming in der Berliner Politik und Verwaltung. Berichtszeitraum 2002/2003

- Mit Stand vom 30. April 2004 wird vom Bezirksamt Lichtenberg ein Zwischenbericht über die Einführung von Gender Mainstreaming (einschließlich Gender Budgeting) vorgelegt und am 10.8.2004 im Bezirksamt Lichtenberg öffentlich präsentiert.

Bonn

- Ausgangspunkt war hier eine Umfrage des Arbeitskreises Frauen und Stadtplanung in 28 Kommunen der Region. In dieser wurde die angeblich mangelnde Kaufkraft der Deutschen und damit einhergehende Umsatzrückgänge als Aufhän-

⁸ Eine Beschreibung zur Entwicklung in Berlin findet sich bei Böker M. Initiative für einen geschlechter gerechten Haushalt in Berlin. in: Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.) Gender Budgeting Sperriger Name – lohnendes Ziel. Düsseldorf, 2003 und im internet unter www.berlin.de/gendermainstreaming

ger genommen um Frauen zu fragen, unter welchen Bedingungen ihnen Einkäufen mehr Spaß machen würde. D.h. die Frage nach geschlechtergerechter Gestaltung von Verkehrs- und Einkaufsangeboten wurde „verpackt“ in eine Untersuchung zur Steigerung des Einzelhandelsumsatzes. Da dies nicht nur für die HändlerInnen selbst, sondern auch für die Städte (u.a. mangelnde Steuereinnahmen) ein wichtiges Problem darstellt, sind gute Grundlagen für die Umsetzung der geforderten Veränderungen gelegt, wie z.B. einheitliche Öffnungszeiten bis mindestens 20 Uhr, Kinderbetreuungsangebote, Mütterkassen, preisgünstiger Bringservice, Trinkwasserspender und Sitzmöglichkeiten.⁹

- momentan laufen Überlegungen dazu, wie Daten in weiteren Bereichen erhoben werden könnten

Bochum

- Beschluss zur Einführung von Gender Mainstreaming für die Stadtverwaltung gibt es seit Sommer 2003

- Anfänge dazu gibt es bereits bei der Stadtplanung (Absichtserklärung für Bauungs- und Nutzungspläne), es liegt jedoch nichts Schriftliches vor

Bremen

- im Februar 2002 hatte der Senat beschlossen, die Perspektive des Gender Mainstreaming aktiv zu unterstützen und die jeweiligen Ressorts aufgefordert, gleichstellungsrelevante Aspekte in ihre jeweiligen Politik- und Tätigkeitsfelder einzubeziehen

- im Mai 2003 hat der Senat ein Konzept zur Implementierung des Gender Mainstreaming in der bremischen Verwaltung beschlossen

- es laufen eine Reihe von Pilotprojekten, deren Ergebnisse im August 2004 abgefragt werden. Die Gleichstellungsbeauftragte hofft, dass im Rahmen dieser Projekte teilweise auch bereits mit Gender Budgeting begonnen wurde

- eine große Anfrage der Fraktion der SPD nach finanzpolitischen Instrumenten des Gender Mainstreaming im Oktober 2003 wurde vom Präsidenten des Senats dahingehend beantwortet, dass „die Analyse für wen welche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, eine zentrale Fragestellung des Gender Mainstreaming Prozesses sei“ (s. Anlage: An den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft), d.h. Gender Budgeting wird als immanenter Bestandteil von Gender Mainstreaming betrachtet und behandelt

Frankfurt am Main

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29.08.2002 „das Prinzip des Gender Mainstreaming in Zukunft als zentralen Bestandteil in Politik und Verwaltung auf allen Ebenen zu realisieren“ (§ 3459).

⁹ Details sind einer Broschüre zu entnehmen, die die Gleichstellungsstelle der Stadt Bonn ins internet gestellt hat unter „Wie Frauen Geld ausgeben. Eine Umfrage zum Einkaufsverhalten von Frauen“ www.bonn.de/gleichstellungsstelle/Umfrage/Umfrage_borschuere.htm

- Das Frauenreferat soll dazu Impulsveranstaltungen und die administrative Führung organisieren.
- Der Magistrat setzt eine Kommission ein, die die konzeptionelle Umsetzung einleitet und betreut mit dem Ziel, künftig alle Ämter einzubeziehen.
- Der Prozess wird in Form von Pilotprojekten in einzelnen Ämtern begonnen.
- Über den Stand der Durchführung wird einmal jährlich berichtet.

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17.07.2003 zur Durchführung von Gender Trainings.

Mit Unterstützung der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden (Leitung Frau Prof. Dr. Birkenfelder) wird ein durchgeführtes Pilotprojekt im Jugendbereich durchgeführt. Dazu gibt es momentan noch keine Stellungnahmen und Materialien, da das Projekt noch nicht abgeschlossen ist.

Laut Aussage des Stadtkämmerers (gleichzeitig einer der beiden Verantwortlichen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming¹⁰) wird der Haushaltsplan künftig um die Dimension gender erweitert. Beginn ist 2005. Alle eingestellten Finanzmittel sollen nach der Fragestellung geprüft werden: Welchem Geschlecht fließen welche Finanzmittel in welcher Höhe zu?

Im Rahmen von Europaprojekten soll es dazu auch zwei gemeinsame Projekte „Sister Cities going Gender“ der Stadt Frankfurt a.M. zusammen mit den Städten Rom und Rotterdam geben (Projektbeschreibung im Anhang). Eine solche internationale Zusammenarbeit wurde nur in der Stadt Frankfurt gefunden.

Hannover

- Es gibt einen Beschluss, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch danach zu fragen ist, wie jeweils Frauen und Männer betroffen sind. Damit handelt es sich nicht um Gender Budgeting, sondern „eigentlich wird die bisherige Verfahrensweise beibehalten, nur dass man jetzt weiß, dass Frauen stärker betroffen sind“ (Wertung der Frauenbeauftragten). Für die Frauen werden Ausgleichsmaßnahmen beschlossen. Im Sinne der politischen Theorie handelt es sich damit um Frauenförderung.

- Mit dem nächsten Haushaltsplan soll es jedoch eine Zuwendungskontrolle bei gegenüber den freien Trägern geben.

- In Hannover gibt es weiterhin ein in der Stadtverwaltung angesiedeltes „Netzwerk Bürgerbeteiligung“, dort spielt Gender Budgeting jedoch keine Rolle.

¹⁰ Wenn Männer Teil der Problematik sind, müssen sie auch Teil der Lösung sein...

Karlsruhe

- durch die FDP-Fraktion (federführend die Stadträtin Rita Fromm) gab es bereits 2002 einen Antrag „Gender Mainstreaming in der kommunalen Politik“, der auch Gender Budgeting als immanenten Bestandteil enthält
- dieser ist am 24.6.2003 im Stadtrat debattiert worden. Der Gemeinderat ist dem Antrag gefolgt und der Oberbürgermeister hatte zunächst zugesagt bis zum Herbst 2003 einen Vorschlag für die gesamtstädtische Anwendung der Strategie vorzulegen. Wegen großer personeller Belastungen ist es dazu bisher noch nicht gekommen. In den im Mai 2004 stattgefundenen Wahlen wurde es von der fraktionsübergreifenden Fraueninitiativgruppe auf Grund der Kompliziertheit des Themas als günstiger erachtet, dieses Thema aus dem Wahlkampf herauszunehmen. Inzwischen ist die Neuwahl des Stadtparlaments erfolgt, die Vereidigung ist am 12. September 2004. Danach soll mit dem neugewählten Parlament aktiv an der Umsetzung gearbeitet werden.

Köln

- es gibt noch keinen Ratsbeschluss zu Gender Mainstreaming oder Gender Budgeting, jedoch eine Projektgruppe vom Frauenforum Lokale Agenda 21. Mitglied dieser Projektgruppe ist auch die stellv. Leiterin der Kämmerei.
- in Form eines Pilotprojektes soll die Gender Budgeting Analyse für die Volkshochschule bis zum 13.07.04 erstellt werden und im September 2004 ein Konzept für den kommunalen Haushalt vorgestellt werden. Zur Zeit werden die Ergebnisse verschriftlicht, sie sollen im Rahmen einer Veranstaltung im Nov. 2004 vorgestellt werden

Mainz

Broschüre „Gender Mainstreaming als kommunales Handlungsprinzip. Öffentliche Anhörung des Stadtrates am 13. November 2001. Dokumentation“ hrsg. von der Stadt Mainz, März 2002

Marl

- Die Stadt hat 2003 im Auftrag der GRÜNEN Fraktion im Stadtrat einen Arbeitskreis „Gender Budgeting“ eingerichtet. Der erste von diesem Arbeitskreis erarbeitete Antrag wurde jedoch abgelehnt, weitere Sitzungen des AK sind dann ausgefallen. Zur Zeit finden keine weiteren Aktivitäten mehr statt.

München

- Bereits 1995 beschließt die Stadtratskommission zur Frauengleichstellung eine umfangreiche Empfehlung, die die geschlechtsdifferenzierte Analyse der Zuschussvergabe fordert.
- Broschüre: Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und für Männer. Gender Budgeting in der Praxis. Konzepte. Erfahrungen, Perspektiven. Eine Untersuchung von Birgit Erbe im Auftrag der Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München (München, April 2003)

- Probleme werden derzeit vor allem in der fehlenden Zielgruppenanalyse gesehen, dazu müsse es eine Fortbildung geben
- begonnen werden soll in der Arbeit mit Betreuungsvereinen für Frauen
- Beschluss des Finanzausschusses vom 27.01.2004 „Gender Mainstreaming bei der Haushaltskonsolidierung

Münster

- 1993/94 analysierte das Netzwerk des Autonomen Frauen/Lesbenplenums ausgewählte Bereiche des kommunalen Haushalts dahingehend, wie viele Gelder für Frauen- und Mädchenprojekte ausgegeben wurde und in welchem Verhältnis diese Ausgaben zu anderen Haushaltsposten standen. Im Ergebnis dieser öffentlichkeitswirksamen Kampagne wurde erreicht, dass der Anteil von Frauenfördermitteln von 0.015 auf 1 Prozent des Haushalts gesteigert wurde.¹¹
- nach Emeritierung der für diese Thematik federführenden Mitarbeiterin des Zentrums und Kürzung der Finanzmittel für das Frauenzentrum durch diese Einrichtung keine Aktivitäten mehr auf dem Gebiet von Gender Budgeting
- 29.10.2002: Bericht über die Einbeziehung des Gender Mainstreaming in die Arbeits- und Entscheidungsprozesse der Stadtverwaltung Münster

Neubrandenburg

Beschluss der Stadtverwaltung vom 23.5.2002 zur Anwendung des Gender Mainstreaming mit dazugehörigen Fragebogen. Zahlreiche Fortbildungen, Einsetzung von Gender Beauftragten. Derzeit wird vor allem an der Erstellung der entsprechenden Statistiken als Voraussetzung für weitere Entscheidungen gearbeitet.

Osnabrück

- es gibt kein Engagement der Stadt, eine geplante Fortbildung zum Thema wurde auf unbestimmte Zeit verschoben
- es gibt eine jedoch Untersuchung von Manuela Gottschlich¹² im Rahmen des Agenda-Prozesses (diese zielt vom Ansatz auf eine Verknüpfung der Themen Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit)

Pulheim

Aktivitäten nur im Sinne von Gender Mainstreaming

Rostock

Aktivitäten nur im Sinne von Gender Mainstreaming. Hier wesentliche Unterstützung durch GM-Consult- MV. Gender Mainstreaming – Consult – Mecklenburg-Vorpommern arbeitet unter dem Dach des Frauenbildungsnetzes MV e.V.

¹¹ ausführlich dargestellt in der Untersuchung von Birgit Erbe „Kommunale Haushaltsplanung...“, S. 23

¹² Frau Gottschlich hatte einen Antrag als Promovendin an die Rosa-Luxemburg-Stiftung gestellt (Thema: Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit), ist bisher jedoch nicht bestätigt worden. Bei Ausbau dieses Themas sollte eine Zusammenarbeit geprüft werden

und wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung in MV gefördert. Die Einrichtung berät und begleitet zehn Projekte des landesweiten Aktionsprogramms „Implementierung von Gender Mainstreaming“ im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms in Mecklenburg-Vorpommern. Der Gender Budgeting-Ansatz ist allerdings gegenwärtig in keinem dieser Projekte enthalten¹³.

Saarbrücken

- es laufen erst die Schulungen für Dezernenten und Amtsleiter dazu
- derzeit gibt es eine Mitarbeiterin (über SAM finanziert), die einen Kriterienkatalog im Rahmen eines Projektes der EU-Gemeinschaftsinitiative Urban (das Projekt „Urban wohnen und leben“ soll Frauen beim Erwerb von Wohneigentum unterstützen) erarbeiten soll.
- Broschüre Caspers M. Schäfer R. „Kriterien für eine Stadtgestaltung aus Frauensicht“ hrsg. von der Stadt

Stuttgart

- die Frauenbeauftragte der Stadt führt zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung ein Forschungsprojekt in über 50 Kommunen durch (Leitung Frau Dr. Matschke). Das Projekt ist bereits abgeschlossen und wird zur Zeit verschriftet. Erste Ergebnisse sollen im September verschickt werden, das Gesamtprojekt soll im November 2004 im Rathaus Schöneberg vorgestellt werden, die abschließende Publikation ist für Anfang 2005 geplant.

3.2. Auf der Ebene von Bundesländern

Brandenburg

Es wurde als Anfang eine Machbarkeitsstudie zu EU-Strukturfonds in Auftrag gegeben. Diese sollte vor allem Kriterien entwickeln, wie diese Dinge bei Antragstellungen berücksichtigt werden müssen.

Auf den Internetseiten des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes ist ein Kurzleitfaden „Gender Budgeting“ eingestellt. Es wird allerdings nur auf Aktivitäten und Erfahrungen aus anderen Bundesländern verwiesen, Projekte in Brandenburg sind derzeit nicht ausgewiesen.

Mecklenburg-Vorpommern

2000 verabschiedete die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern eine Gleichstellungskonzeption und eine Reihe von Pilotprojekten. Am 19.3.2002 folgt ein Aktionsprogramm zur „Implementierung von Gender Mainstreaming“ und die Einrichtung einer begleitenden Organisation für diese Prozesse – der GM-Consult-MV.¹⁴

Ein von dieser Einrichtung im Auftrag des Landesfrauenrates Mecklenburg-

¹³ Das ausführliche Angebot dieser Einrichtung s. auf deren homepage: www.GM-Consult-MV

¹⁴ s. die Erläuterung bei der Stadt Rostock

Vorpommern E.V. erarbeitetes und herausgegebenes Handbuch wird nicht nur in Deutschland sehr breit genutzt, Anforderungen liegen auch aus der Schweiz, Österreich, den baltischen und anderen Osteuropäischen Ländern vor, so dass in nur zwei Jahren bereits die dritte Auflagen erschienen ist.

Bisher liegt der Schwerpunkt jedoch noch auf Gender Mainstreaming – hervorhebenswert ist insbesondere die Fachtagung „In M-V gemeinsam Gleichstellung gestalten“ im November 2003 in Warnemünde. Eine Dokumentation dazu liegt bereits vor (s. Anhang).

Nordrhein-Westfalen

- Eine erste grobe geschlechtsdifferenzierte Bewertung des Landeshaushaltes wurde 2002 vorgenommen. Diese Analyse erfolgte nach folgenden Schwerpunkten:

1. „nach den direkten Wirkungen des Landeshaushaltes auf bestimmte Frauen und Männer, also nach der Geschlechterverteilung der Personalstellen
2. nach den indirekten Wirkungen, also einerseits nach dem Nutzen, den Frauen und Männer v.a. von Zuwendungen und Zuschüssen des Landes haben, andererseits nach dem Schaden, den Männer und Frauen verursachen und der durch Landesausgaben verringert oder verhindert werden muss“¹⁵.

Obwohl es sich hier streng genommen noch nicht um Gender Budgeting handelt, wird diese Initiative von NRW in der Literatur häufig zitiert und zur Begründung für die Notwendigkeit seiner Einführung herangezogen.

- Eine ausführliche Darstellung findet sich auf der homepage der Abgeordneten Marianne Hürten (frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), die diesen Prozess wesentlich mit vorantreibt: marianne-huerten.de/e42.htm

- im Februar 2003 auf Initiative der Partei Die Grünen Durchführung der Veranstaltung „Sperriger Name – lohnendes Ziel: Gender Budgeting“¹⁶ im Landtag

- Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2004/2005:
- die ursprünglich vorgesehenen massiven Einschnitte konnten verhindert werden, der Haushalt von NRW behält „sein unverkennbar frauenpolitisches Profil“ (Marianne Hürten)
(NB: NRW ist das einzige Bundesland, in welchem bereits seit dem Jahr 2000 eine Enquete-Kommission zum Thema „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung“ arbeitet)

¹⁵ zitiert nach Vortrag von R. Frey Das bisschen Haushalt? Gender Budgeting als geschlechterpolitische Strategie. gehalten im Rahmen der Veranstaltung „Frauenblick: Grenzenlos. Gender Budgeting in Berlin – verkündet und beschlossen!“ im Berliner Abgeordnetenhaus

¹⁶ s. auch die Broschüre: Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.) Gender Budgeting Sperriger Name – lohnendes Ziel. Düsseldorf, 2003

- es gab eine weitere Aufstockung für die Regionalstellen Frau und Beruf
- **Beschluss zur Einführung von Gender Budgeting** (s. Anhang)

Sachsen-Anhalt

- 1997 Beschluss der Landesregierung über die Wahrnehmung der Frauenpolitik im Land Sachsen-Anhalt; Erweiterung des §34 der gemeinsamen Geschäftsordnung der Ministerien: Verpflichtung zur Erarbeitung eines gleichstellungspolitischen Berichts
- 1999 Verabschiedung des „Programms zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Sachsen-Anhalt“ durch die Landesregierung
- 2000 Einführungsworkshop für die gesamte Führungsspitze des Sozial- und Frauenministeriums und Start des zweijährigen Pilotprojektes „Personal- und Organisationsentwicklung zur Einführung von Gender Mainstreaming in den Abteilungen des Sozialministeriums“; Beschluss der Landesregierung und Verabschiedung des Umsetzungskonzeptes zur Einführung von Gender Mainstreaming in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung
- 2001 Gründung des deutschlandweit ersten Gender Institutes¹⁷
u.a. Veranstaltung zu „Chancengleichheit von Frauen und Männern in den Europäischen Strukturfonds“
- 2002 markiert die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP Gender Mainstreaming als Grundsatz der Gleichstellungspolitik in Sachsen-Anhalt
- 2003 konstituierende Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming“, Bildung von Arbeitsgruppen und Implementierung von Pilotprojekten;
- unter diesen Arbeitsgruppen gibt es auch eine zu Gender Budgeting¹⁸, welche 2004 ebenfalls Pilotprojekte beschließt und in Gang gesetzt. Die Ergebnisse sollen Ende 2004 vorgestellt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind diese Aktivitäten nicht öffentlich¹⁹.

Diese Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit betrifft schon die Nennung der Bereiche, in denen die Modellprojekte laufen. Eine solche Entscheidung über Nichtöffentlichkeit wurde so nur in Sachsen-Anhalt gefunden und widerspricht den internationalen Erfahrungen über die Notwendigkeit der Transparenz des gesamten Verfahrens – s. Abschnitt 5.

- Am Institut für Hochschulforschung der Martin-Luther-Universität gibt es ein Forschungsprojekt „Leistungsorientierte Budgetierung an Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt nach dem Gender Mainstreaming-Konzept“ (Leitung Frau Dr. Burkhard). Der Forschungsteil ist abgeschlossen, wird jedoch vorerst nicht reali-

¹⁷ zu Zielstellung und Arbeitsweise s. dessen homepage: www.g-i-s-a.de

¹⁸ ausführlich zur Chronologie in Sachsen-Anhalt, der Vorgehensweise und einzelnen Ergebnissen s. I. Hofmann et al Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt

¹⁹ telefonische Auskunft von Dr. Kristin Körner vom 19.März 2004 gegenüber der Verfasserin

siert, da die Mittel im Zusammenhang mit den Entscheidungen über Zielvereinbarungen an den Universitäten gekürzt worden sind.

Es liegen keine öffentlich publizierten Unterlagen zu diesem Projekt vor, auf Grund der Streichung aller Projektmittel ist dies momentan auch nicht vorgesehen.

- Auf seiner Jahreshauptversammlung am 26.6.2004 beschließt der Landesfrauenrat e.V. (Dachverband von 32 sachsen-anhaltinischen Frauenorganisationen) einstimmig, die geschlechtergerechte Aufstellung des Landshaushaltes, also die Einführung von Gender Budgeting, zu fordern.

Am 6. September 2004 führt er eine öffentlich ausgeschriebene Fortbildung zum Thema Gender Budgeting durch.

3.3. Andere Institutionen²⁰

Hans-Böckler-Stiftung

Es wurden zwei Studien gefunden, die dieser Stiftung gefördert wurden:

1. Rösener A. Damkowski W. (2004) Gender Controlling in der Kommune. Die Gender-Strategie-Karte als Instrument zur Umsetzung von Gender Mainstreaming. hrsg. IGUS e.V. Hamburg

„IGUS ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut, das Organisationen des öffentlichen und Dritten Sektors bei der Gestaltung ihrer Veränderungsprozesse unterstützt. Das Leistungsspektrum reicht von der Organisations- Personal- und Konzeptentwicklung über Qualifizierungsmaßnahmen bis zu Begleitforschungs- und Evaluationsprojekten“ (Selbstdarstellung im Vorwort der Studie).

Die Studie versteht sich als einen ersten Schritt der Konkretisierung des „Gender Mainstreaming-Ansatzes“ und als Handreichung für die kommunale Praxis (s. Vorwort der Studie).

Diese Studie soll zusammen mit dem Dt. Städtetag (Kontakt über Frau Holland-Letz) mit verschiedenen deutschen Städten zum Thema Gender Budgeting weitergeführt werden. Momentan ist bei der Erhebung keine Stadt aus den neuen Bundesländern vorgesehen. Der Leiter seitens IGUS e.V., Herr Wulf Damkowski, ist daher sowohl an den Rechercheergebnissen der im Auftrag der rls hier vorgelegten Studie als auch eine künftigen Zusammenarbeit interessiert. Vereinbart wurde zunächst die Zusendung der im September 2004 in „utopie kreativ“ beabsichtigten Publikation und die anschließende erneute Kontaktaufnahme.

²⁰ Wie aus der Zielstellung vorliegender Studie hervorgeht, wurden diese Institutionen nicht systematisch untersucht. Hier werden zur Erleichterung der Nachnutzung lediglich Ergebnisse angeführt, die im Rahmen der Recherche zu den Kommunen mit ermittelt wurden.

2. Projekt mit Frauenbüro in Stuttgart (Leitung Frau Dr. Matschke). Dieses Projekt wird derzeit verschriftet, eine erste Vorstellung der Ergebnisse soll im September im Rathaus Schöneberg erfolgen, die Gesamtpublikation soll Anfang 2005 vorliegen.

Heinrich-Böll-Stiftung

Im Zusammenhang mit der 2001 erfolgten Einführung des Instruments der Zielvereinbarung wurde ebenfalls festgelegt, die Haushaltsplanung und –überwachung nach genderorientierten Kriterien durchzuführen.

Die Aktivitäten und Förderungen von diversen Veranstaltungen, Forschungsvorhaben und Publikationen sind hier sehr umfangreich (s. Literaturliste).

Deutscher Städtetag

Dieser hat Anfang 2003 eine Befragung von 348 Mitgliedsstädten und Gremienmitgliedern durchgeführt. 23% (81 Kommunen) haben geantwortet und so konnte festgestellt werden, dass in diesen Kommunen

- die Strategie des Gender Mainstreaming bekannt war, mehr als die Hälfte sie auch in unterschiedlichen Fachbereichen umsetzen. Die häufigst genannten Fachgebiete waren in der Reihenfolge: Stadtplanung, Spielplätze, Jugendarbeit, Verkehrspolitik,
- 31 Städte wenden dazu analytische Instrumente, wie geschlechterdifferenzierte Statistiken und Analysen, Checklisten und Gleichstellungsprüfungen an,
- wenig beschäftigt haben sich die Mitgliedsstädte dagegen mit Gender Budgeting.
- Ergebnisse dieser Befragung sind im Rahmen der von der Stadt Frankfurt am Main herausgegebenen Broschüre „Gender Mainstreaming in Frankfurt am Main“ mit publiziert.

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat in seiner Sitzung am 4./5.6.2002 beschlossen, die Strategie des Gender Mainstreaming im Deutschen Städtetag einzuführen.²¹

²¹ ausführlich s. Holland-Letz S. Wie wird Gender Mainstreaming in den Kommunen umgesetzt? der städtetag No 4, 2003 und dies. Keine Haushaltsentscheidung ist geschlechtsneutral. der städtetag No 6, 2003

4. Auswertung dieser Aktivitäten hinsichtlich Barrieren, Defiziten und „Beispielen guter Praxis“

4.1. Ausgangspunkte für Gender Budgeting

Ausgangspunkt für Gender Budgeting sind folgende Annahmen²²:

- Keine haushaltspolitische Entscheidung ist geschlechtsneutral. Der Grad ihres Einflusses auf die Verhältnisse wird in der Regel in drei Kategorien unterteilt:
 - *geschlechtsblinde Budgets*: diese ignorieren die unterschiedlichen, sozial determinierten Rollen und Verantwortlichkeiten von Frauen und Männern völlig
 - *geschlechtsneutrale Budgets*: diese zielen darauf ab, bestehende geschlechtsspezifische Rollen und Aufgabenverteilungen nicht festzuschreiben oder zu verstärken
 - *geschlechtsbewusste Budgets*: sie ermöglichen es, die geschlechtsspezifischen Voraussetzungen und Auswirkungen von öffentlichen Haushalten einzuschätzen.
- Eine geschlechtsblinde Haushaltspolitik führt zu einer Vergrößerung der Geschlechterdisparitäten in den verschiedensten Lebensbereichen.
- Grundlage und Voraussetzung von geschlechtersensibler Haushaltspolitik sind die Erhebung und laufende Aktualisierung von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und Informationen. Dabei sind noch folgende Punkte zu beachten:
 - Datenerhebungen lediglich zur Situation von Frauen und deren Veränderung erlauben ebenfalls kein Engendering von Budgets
 - Frauen selbst unterscheiden sich außerdem nach Alter, Ausbildung, sozialem Status, etc.
 - es ist eine über Jahre fortlaufende Betrachtung notwendig, einmalige Erhebungen und Auswertungen führen nicht zu Erfolgen
 - Budgets müssen stets auf der Grundlage von Einzelpersonen und von Haushalten untersucht werden (d.h. es muss sowohl ein Vergleich zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken Haushalten, sowie von Frauen und Männern vorgenommen werden.
- Es besteht eine Wechselwirkung zwischen öffentlichem und privatem Haushalt. Sparen im sozialen Bereich des öffentlichen Haushalts bedeutet in der Re-

²² vgl. Frey R. Kriterien für geschlechtergerechte Haushaltsanalysen. In: Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.) Gender Budgeting Sperriger Name – lohnendes Ziel. Düsseldorf, 2003, S. 17ff

gel eine Umschichtung von Leistungen von der öffentlichen in die private (weibliche) Hand – z.B. bei Pflegeleistungen.

- Geschlechterungleichheit ist volkswirtschaftlich ineffizient, d.h. „grosse Status- und Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sind nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Diskriminierung zu beanstanden, (sondern) es entstehen dadurch (auch) gesamtgesellschaftliche Kosten“²³.

Im hier zitierten Bericht des Deutschen Bundestages wird dazu eine Studie aus der Stadt Zürich angeführt, die belegt, dass „der volkswirtschaftliche Nutzen einer umfassenden Kinderbetreuung die Kosten bei weitem übersteigt; unter anderem deshalb, weil das Familieneinkommen steigt und damit die Kaufkraft. Auch wird mehr in die Sozialversicherung eingezahlt, und Frauen bauen sich eine eigene Altersversicherung auf. *Gut ausgebildete Frauen „an den Herd“ zu schicken, verringert die Leistungsfähigkeit einer gesamten Gesellschaft und damit deren internationale Wettbewerbsfähigkeit*“.²⁴

4.2. Internationale Erfahrungen von Frauen mit Budgets²⁵

Zentrale Fragestellung ist: wie werden Veränderungen in bezug auf mehr Geschlechtergerechtigkeit gemessen, welche Indikatoren und Kriterien werden zur Feststellung von Veränderungen herangezogen?

Weitere in den Berichten genannte Erfahrungen:

- Die Aktivitäten sollten von vornherein mehrjährig angelegt werden – sowohl hinsichtlich der zu analysierenden Daten, als auch bezüglich der strategischen Planung zur Umsetzung dieser Strategie.
- Bei der Umsetzung dieser Strategie sollten regierungs- und kommunale Instanzen durch NGO's, externe ExpertInnen oder Institute und ehrenamtliche AktivistInnen begleitet werden.
- Es bedarf einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn und über alle weiteren Phasen der Arbeit. Großer Wert ist auch auf eine breite Streuung der Ergebnisse zu legen.
- Sowohl die Analyse der Budgets als auch der Budgetprozesse selbst sind wichtig.
- Budgetpolitik darf nicht isoliert von den anderen politischen Entscheidungen gesehen werden. Insbesondere sollten die jeweiligen internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die Budgetspielräume beeinflussen,

²³ Deutscher Bundestag (2002) Abschlußbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft, Opladen, S. 105 – Einfügungen von mir – V.SL

²⁴ ebd., Hervorhebung von mir – V.SL

²⁵ vgl. Klatzer E. Internationale Initiativen und Erfahrungen mit Engendering Budgets. in: Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.) Gender Budgeting Sperriger Name – lohnendes Ziel. Düsseldorf, 2003, S. 9ff

mitbedacht werden. In diesem Sinne kann Gender Budgeting auch als Strategie zur Demokratisierung der Wirtschaftspolitik dienen.

- Gender Budgeting muss als notwendiger Bestandteil von Gender Mainstreaming verstanden und behandelt werden.
- In der vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (abgekürzt: Beigewurm)²⁶ explizit zur Nachnutzung herausgegebenen Broschüre heißt es außerdem: „Die Analyse muss zu einer **Veränderung in der Politik** im Sinne von mehr Gendergerechtigkeit, Chancengleichheit und Gleichstellung führen. Dies **ist essentieller Bestandteil von Gender Budgeting**.“²⁷

Die in diesen Erfahrungen zum Ausdruck kommende Möglichkeit über Gender Budgeting Initiativen einen Beitrag zur generellen Demokratisierung von Verwaltungsprozessen und –entscheidungen zu leisten erscheint mir so wesentlich, dass hierzu ausführlich in der Literatur dazu gefundene Prämissen zitiert werden sollen.

NB: Umgangssprachlich werden Gender Initiativen zum Teil direkt als „eye-opener“ bezeichnet. Diese Wertung findet sich sinngemäß auch im Abschlußbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu „Globalisierung der Weltwirtschaft“. Dort wird betont, dass durch die aktive Beteiligung von Frauen und anderen Mitgliedern der Zivilgesellschaft dafür gesorgt wird „dass ihre Regierungen zur Transparenz verpflichtet werden. Dies ist ein konkreter Mechanismus, der den Haushaltsprozess transparent werden lässt. Das Ausmaß, in dem Regierungen den Grundbedürfnisse von Männern, Frauen und Kindern erfüllen können, ist der fundamentale Maßstab für die Legitimität jeder Regierung“.²⁸ Transparenz und Demokratie bei Haushaltsverfahren werden hier in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt.

Insofern ist die Verfahrensweise in Sachsen-Anhalt – Nichtöffentlichkeit bei der Entscheidung über die Pilotbereiche und während des gesamten Verfahrens – a priori kritisch zu sehen. Eine Auseinandersetzung damit erscheint jedoch erst nach Abschluss, Offenlegung der erzielten Ergebnisse und Entscheidungen über die weiteren Verfahrensweisen sinnvoll.

²⁶ Dieser Beirat besteht seit 1985 aus einer Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen. Ziel ist es, die Ergebnisse kritischer Forschungen in die öffentliche Debatte einzubringen. Dazu wird u.a. vierteljährlich die Zeitschrift „Kurswechsel“ herausgegeben.

²⁷ Beigewurm (Hrsg.) (2001) Frauen machen Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien, S. 19 – Hervorhebung von mir – V.SL

²⁸ Deutscher Bundestag, a.a.O. S. 106 – Hervorhebung von mir V.SL

4.3. Der Beitrag von Gender Budgeting zur generellen Demokratisierung von Verwaltungsprozessen

In einem Problemaufriss zur Situation in Österreich werden von den AutorInnen dafür drei Prämissen beschrieben:

1. *Transparenz*

Hierfür wäre zunächst eine solche Darstellung des zu analysierenden Budgets notwendig, die für BürgerInnen nachvollziehbar macht, wie viel für was ausgegeben werden soll. Im Verhaltenskodex des Internationalen Währungsfonds für den Staatshaushalt werden dazu als zentrale Forderungen genannt:

- (1) Klarheit über die Rollen und Verantwortlichkeiten
- (2) öffentliche Verfügbarkeit der Informationen
- (3) offene Budgeterstellung, Durchführung und Berichterstattung
- (4) unabhängige Versicherung der Vollständigkeit

2. *Partizipation*

“Endgendering Budgets soll kein technokratisches Instrument sein, bei dem sich einige spezialisierte ExpertInnen stellvertretend für alle Frauen Gedanken über das Budget machen. Impliziter Bestandteil der Umsetzung von Engendering Budgets ist daher, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen und sie in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.“

3. *Nachhaltigkeit*

“Erfolg kann sich nur einstellen, wenn Engendering budgets nicht eine einmalige Übung bleibt. Endgendering Budgets sollte deshalb als Begleitevaluierung fixer Bestandteil des Budgetprozesses werden und alle Aufgabenbereiche und staatliche Ebenen umfassen“.²⁹

In diesem Sinne ist das Ziel von Gender Budgeting nicht alleinig als geschlechtergerechte Haushaltsführung zu definieren, sondern als

- Sensibilisierung der Regierung/Kommune/Einrichtung bezüglich der unterschiedlichen Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen auf Frauen und Männer
- Informationen der BürgerInnen über Haushaltsentscheidungen und Ermöglichung von Partizipation
- Erhöhung der Effektivität der jeweiligen Ressourcenallokation im Hinblick auf die Förderung von Gleichstellung.

Zur Frage der Zielstellung sei explizit auch auf den Anhang – 6.1. Kernaussagen und Definitionen – verwiesen. In den meisten Ansätzen wird von Anfang an

²⁹ vgl. Angelo S. et al. Engendering Budgets – Problemaufriss für Österreich. Kurswechsel Heft 1, 2003, s. 35

deutlich der Beitrag von Gender Budgeting zur allgemeinen Demokratisierung von Haushaltsentscheidungen (und damit generell zur Gesellschaftspolitik) hervorgehoben.

Während ein Teil der AutorInnen auf die Gefahr der Vereinnahmung dieses Prinzips durch neoliberale PolitikerInnen verweist, grenzen sich andere AutorInnen mittels dieses Konzeptes gerade von einem solchen Staatsumbau ab. So heißt es in einer österreichischen Publikation von Beigewurm³⁰: „Dem pauschal negativen Staatsbild der NeoliberalistInnen, die mit der Denunzierung des Wohlfahrtsstaates traditionelle Geschlechteridentitäten und – verhältnisse stärken, wird bei Engendering Budgets eine aktive Rolle des Staates mittels Budgetpolitik entgegen gesetzt, um diese traditionellen Geschlechterverhältnisse und –identitäten zu überwinden.“³¹

Die beiden feministischen Ökonominen Diane Elson und Brigitte Young verweisen in ihren Überlegungen noch auf eine weitere über Geschlechtergerechtigkeit hinausgehende Auswirkung von Gender Budgeting, wenn dieses Verfahren unter o.g. Prämissen (Demokratische Teilhabe „von unten“ und Transparenz) angewandt wird. Sie schreiben: In vielen Ländern wirkt sich die Regulierung öffentlicher Ausgaben „von unten“ sehr positiv auf die Situation von Armen und Frauen aus, nicht nur, weil sie selbst Prioritäten definieren, sondern weil damit ein starkes *Empowerment* von Frauen durch ihre Mitbestimmung in wirtschaftspolitischen Belangen gefördert wird“.³²

Auch in den von D. Budlender und G. Hewitt zitierten Erfahrungen wird darauf verwiesen, dass als ein (Neben)Effekt von Gender Budgeting festgestellt wurde, dass z.B. direkt an Frauen ausgezahlte Gelder besser zur Beseitigung von Kinderarmut beitragen, als die bis dahin übliche Verfahrensweise der Auszahlung an den (meist männlichen) Haushaltsvorstand.³³

Für eine geschlechtsspezifische Haushaltsanalyse sollten vorab folgende Punkte geklärt werden:

1. Fragen zu den AkteurInnen

- Wer ist an der Initiierung und an der Durchführung der Haushaltsanalyse beteiligt?
- Sind regierungsoffizielle Stellen und AkteurInnen damit betraut, sind die Träger Nichtregierungsorganisationen oder kooperieren beide Seiten?

2. Fragen zur Reichweite der Analyse

³⁰ s. Anmerkung 26.

³¹ Beigewurm (Hrsg.) (2001) Frauen machen Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien, S. 23

³² Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) (2002) Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting? Überlegungen und Beispiele von Diane Elson und Brigitte Young. Berlin, S. 7

³³ D. St. Hill The Unided Kingdom: A focus on taxes and benefits. in: D. Budlender a.a.O., S. 184

- Auf welcher Ebene werden die Haushalte überprüft (Bund, Land oder Kommune)?
- Werden Ausgaben oder Einnahmen oder beides untersucht?
- Werden alle Funktionsbereiche überprüft oder nur bestimmte Sektoren?
- Bezieht sich die Analyse nur auf vergangene Haushalte, auf die laufende bzw. mittelfristige Planungen oder auf beides?

3. Fragen zur Verankerung in der Politik

- Wer nimmt an den verschiedenen Phasen des Analyseprozesses teil?
- Woher kommt die Finanzierung der Haushaltsanalyse?
- Wo und von wem wird die Analyse verwendet?
- An welche Stellen werden die Verantwortlichkeiten für die Durchsetzung von mehr Geschlechtergleichheit verteilt?
- Wer wird Widerstand leisten?³⁴

4.4. Entwicklungen in Deutschland

Im fünften Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) wird von seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht explizit auf die Thematik Gender Budgeting eingegangen oder diese Verfahrensweise als unabdingbar für die Beseitigung von bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen und Herstellung von Chancengleichheit eingegangen. Dagegen wird in den Schattenberichten zum 5. Staatenbericht sehr wohl darauf abgehoben, dass „ohne einen Gender Analyse des Bundeshaushalts und ... einer Neujustierung der Finanzpolitik und Haushalts, die eine Abschaffung der ökonomischen Diskriminierungsstrukturen zum Ziel hat, ... singuläre Budgetmaßnahmen ... die der Umsetzung des Frauenrechtsabkommens dienen sollen nur Flickwerk bleiben und ... durch andere gegenteilig ausgerichtete finanzpolitische Vorgaben in den Haushalten in ihrer Wirkung aufgehoben (werden)“³⁵. Zur Aufhebung der in den gegenwärtigen öffentlichen Haushalten verborgenen und die Diskriminierung von Frauen in der gegenwärtigen Form stetig fortschreibenden Praxis werden durch die AutorInnen der Schattenberichte u.a. **folgende Forderungen** erhoben:

- die Bundesfinanzpolitik und der Bundeshaushalt sind einer Gender Budgeting Analyse zu unterziehen
- es sind Kriterien für eine auf das Ziel der geschlechtergerechten und diskriminierungsfreien gerichteten Haushaltspolitik zu erarbeiten

³⁴ vgl. Schratzenstaller M. „Durch die Geschlechterbrille gesehen – Haushalt und Finanzen im Überblick“ hrsg. Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung. Kommunalpolitisches Frauenforum: Kommunale Finanzen und Geschlechtergerechtigkeit, 29.5.2000

³⁵ Schattenberichte zum 5. Staatenbericht. Berlin, 2003 S. 122

- in diesen Prozess ist das Know-How von Frauen- und GenderexpertInnen einzubeziehen
- NGO' sind in den Prozess einzubeziehen
- über die Ergebnisse wird regelmäßig öffentlich berichtet
- über Pilotprojekte in den Bundesministerum (auch zu Gender Mainstreaming wird regelmäßig öffentlich berichtet
- der Prozess soll einen verbindlichen Zeitplan haben.³⁶

Wie die detaillierte Kritik in den „Schattenberichten“ zeigt, ist die Bundesrepublik Deutschland derzeit weit davon entfernt, entsprechende Vorhaben auch nur zu planen oder umzusetzen. Insofern stoßen Initiativen sowohl in einzelnen Bundesländern, erst recht jedoch in Kommunen stets an Grenzen. Nichtsdestotrotz gibt es sowohl auf Länderebene, vor allem aber in Kommunen bereits eine Reihe von Ansätzen und Erfahrungen.

In den Kommunen oder Einrichtungen in Deutschland, die Gender Budgeting bereits in Angriff genommen haben bzw. zumindest einen Beschluss der dafür zuständigen Entscheidungsträger vorliegt, ging dem stets eine umfassende Informationsarbeit voraus. Umgedreht kann eingeschätzt werden, dass eingebrachte Anträge auf Einführung dieser Strategie dort abgelehnt bzw. bereits im Vorfeld gescheitert sind, wo der Wissensstand über Ziele, Vorgehensweise und Nutzen im Entscheidungsgremien oder den diesen zuarbeitenden Stellen zu gering waren. Auch einzelne engagierte ExpertInnen konnten dann nichts ausrichten. Dieses zu geringe Wissen als Barriere bezieht sich dabei nicht nur auf Gender Budgeting im engeren Sinne, sondern auf Gender Wissen allgemein. Anliegen der entsprechenden Institute bzw. von Gender-TrainerInnen ist es daher zunächst Gender-Kompetenz aufzubauen. Im Unterschied zu Gender Studies an Hochschulen, wo es um allgemeine Fortbildungen zu Geschlechterfragen geht, versteht man unter Gender-Kompetenz „die Verknüpfung von Erkennen gleichstellungsrelevanter Aspekte im jeweiligen Tätigkeitsfeld und Umsetzung der Erkenntnisse im praktischen Handeln“³⁷.

Die Bereitschaft, sich dieses Wissen anzueignen, setzt jedoch zunächst den politischen Willen zur Verwirklichung von Chancengleichheit für Frauen und Männer voraus. In den altbundesdeutschen Kommunen stellen die unzureichenden Möglichkeiten für Kinderbetreuung und traditionelle Werturteile über die „typische Arbeitsteilung“ zwischen den Geschlechtern die wesentlichen strukturellen Barrieren zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern

³⁶ ausführlich s. ebenda, S. 124-125

³⁷ Hofmann I. et.al., S. 104. Diese Berichterstattung über die Entwicklungen in Sachsen-Anhalt widmet sich in einem eigenem Kapitel ausführlich der Art und Weise und den Inhalten dieser notwendigen Fortbildungen auf den verschiedensten Ebenen.

dar, in den Kommunen der neuen Bundesländer ist es die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt generell³⁸.

Bei vorliegender Entscheidung zu dieser Strategie wird in der Regel nach dem Top-Down-Prinzip³⁹ verfahren, d.h. es erfolgen Schulungen und Fortbildungen zunächst der Entscheidungsträger, dann von ihnen unmittelbar geleiteten Gremien, die sich nach unten fortsetzen. In der Literatur wird auf die Grenzen dieser Strategie dahingehend verwiesen, dass „sich Handlungsänderungen nicht einfach per Dekret bestimmen lassen.“ Dazu seien nicht zuletzt Personen und Akteure notwendig, „die das Konzept in der Praxis auch gegen Widerstände vertreten“⁴⁰ (bottom-up-Prinzip). Diese theoretisch durchaus zu bedenkende Grenze der Top-Down-Strategie ist in der deutschen Praxis bisher nicht relevant geworden, da es immer AkteurInnen und Personen „von unten“ waren, die den Prozess in Gang gesetzt, permanent gepusht und begleitet haben. Wichtig ist im weiteren Verlauf, dass sich die Gremien zur Implementierung von Gender Budgeting gemischt zusammen setzen, d.h. aus Haushaltsexperten und ExpertInnen aus der Frauenbewegung bzw. dem Bereich, der „gegendert“ werden soll. Beide Gruppen von ExpertInnen verfügen jeweils über Spezialwissen, welches gleichberechtigt für das Verfahren notwendig ist – z.B. das Wissen aus der Frauenbewegung zur Zielbestimmung des Prozesses (welche Benachteiligungen sollen abgebaut werden), das Wissen der HaushaltspolitikerInnen ist dagegen notwendig zum Verständnis des Inhalts und des Aufbaus von Haushaltstiteln, gesetzlich vorgeschriebenen Vergabeverfahren etc.

Weiterhin besagen internationale Erfahrungen, dass ExpertInnen vor Ort in der Regel nicht über die Kapazität verfügen, den Prozess auch auf der nächsthöheren Ebene in Gang zu setzen und zu begleiten. D.h. für jede Ebene wird eine eigenständige Entscheidung mit einem eigenständigem Team benötigt. Umgedreht sind „womens budget-Analysen“ übergeordneter Organe häufig so kompliziert angelegt, dass sie von Initiativgruppen vor Ort nicht nachvollzogen oder übernommen werden können.

Entscheidungen über Gender Budgeting auf „höheren Ebenen“ haben oftmals den Nachteil, dass sie von bestimmten regierungspolitisch mächtigen Gruppierungen gewollt und eingeführt worden sind, diese jedoch nicht dauerhaft regieren. Gender Budgeting Prozesse bzw. ihre Weiterführung sind damit vom Ausgang der jeweiligen Wahlen abhängig. Auch wenn die Grundsatzentscheidung beibehalten wird findet oftmals die notwendige „Überkreuzprüfung“ der Auswirkungen von haushaltspolitischen Entscheidungen verschiedener Abteilungen aufeinander nicht mehr statt.

³⁸ vgl. Englert D. Kopel M. Ziegler A. Gender Mainstreaming im Europäischen Sozialfonds – Das Beispiel Deutschland. WSI Mitteilungen 55(2002)8:456-457

³⁹ Dieses wird in internationalen Literatur auch als Mandarin approach bezeichnet.

⁴⁰ ebd.

Diese internationale Erfahrung unterstreicht die Notwendigkeit der genauen gesetzlichen Festlegung von konkreten Verfahrensrichtlinien und den jeweiligen Verantwortungen dafür.

Für die Gewinnung der Verwaltungsangestellten zur Umsetzung dieser Strategie und zur permanenten Veränderung von Verwaltungshandeln ist entscheidend, dass die Führungskräfte und MitarbeiterInnen durch diese Strategie einen Gewinn an Effektivität und Qualität ihrer ureigenen Fachaufgaben erleben. Dazu reichen einmalige Einführungsfortbildungen nicht aus, sondern es bedarf vertiefender fachbezogener Fortbildungsprojekte, in deren Rahmen die praktische Anwendung an ganz konkreten, aktuell anstehenden Fachaufgaben geübt wird.⁴¹

In der Literatur wird auch problematisiert, dass Antragstellerinnen in bestimmten Gremien, dort wo sie direkten Einfluss haben (in ihren Parteien und deren Gremien) „nicht die geringste Anstrengung“ zur Einführung und Umsetzung dieser Strategien zeigen⁴².

Entsprechend der Fragestellung „Wo sind Widerstände zu erwarten?“ – ist zunächst auf alle diejenigen zu verweisen, deren gewohnte Arbeitsabläufe bzw. Schemata durch die Einführung dieses Ansatzes ändern (dies zunächst unabhängig von evt. vorhandenem Mehraufwand bei der Einführung und weiteren Verfolgung dieser Strategie). So schätzte die Stadtkämmerei München ein, dass das neue kommunale Rechnungswesen nicht geeignet sei, „die Anforderungen eines Gender Budgeting zu erfüllen. Die Finanzbuchhaltung sowie die Kosten- und Leistungsabrechnung folgen primär buchhalterischen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen. Die Hauptbetrachtungsebenen sind Kostenarten, -stellen und -träger. Eine differenzierte und betragsgenaue Betrachtung im Sinne des Gender Budgeting Ansatzes ist nicht möglich.“⁴³ Dies beträfe nicht nur die in der Landeshauptstadt München gewählte Rechnungsführung, sondern gelte auch „für sonstige kaufmännisch geprägte Buchungssoftware“.⁴⁴ Auf Deutsch: Unzureichende Software verhindert die Umsetzung einer politischen Strategie.

Richtig ist, dass sich viele Haushaltsansätze bzw. die darauf basierende Mittelvergabe nicht direkt Personen zuordnen lassen bzw. nicht direkt sinnvoll Personen zuzurechnen sind (z.B. Investitionen in der baulichen oder Infrastruktur⁴⁵).

⁴¹ vgl. den Vortrag der Landesbeauftragten für Gleichstellung und Frauenpolitik von Sachsen-Anhalt, Isolde Hofmann, anlässlich der Anhörung des Frankfurter Stadtparlaments zur Einführung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung am 12.05.2003. Anlage zur Niederschrift über die 20. Sitzung des Frauenausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 12.05.2003

⁴² so die Kritik von Jutta Ditfurth in der entsprechenden Sitzung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung – s. Wortprotokoll über die 15. Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 29. August 2002, Stadt Frankfurt am Main, S. 96

⁴³ Vorblatt zum Beschluss des Finanzausschusses am 27.01.2004, S. 11

⁴⁴ ebd. S. 12

⁴⁵ Selbst bei scheinbar auf den ersten Blick eindeutigen Beispielen ergibt eine nähere Betrachtung die Schwierigkeit des Details (bzw. Abhängigkeit der Zuordnung von gewählten Ausgangskriterien) – in der Literatur wird

Und selbst wenn sich die Höhe der Mittelzuweisung nach Geschlecht ermitteln lässt, ist nicht unbedingt eine Aussage über deren gleichstellungspolitische Wirksamkeit möglich – Isolde Hofmann führt in ihrem Erfahrungsbericht zu Sachsen-Anhalt dafür das Teilzeitförderprogramm im Arbeitsmarkt für Frauen an.⁴⁶ Dies bedeutet jedoch keineswegs die Unmöglichkeit dieser Strategie (wie oben durch den Stadtkämmerer unterstellt), sondern lediglich, dass die Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting allein mit quantitativen Ausgangskriterien und –strategien nicht möglich ist und ein gemeinsames Vorgehen von HaushaltspolitikerInnen und ExpertInnen anderer Politikbereiche notwendig ist.

Insbesondere muss vor Beginn entsprechender Analysen nicht nur geklärt werden, nach welchen Differenzen gesucht wird und wie diese zu interpretieren sind, sondern vor allem auch: welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Eine inzwischen „klassische“ Illustration dafür sind die Ergebnisse zur Parknutzung in Göteborg: „Frauen gehen seltener in den Park als Männer, die Ressourcen... der Parkverwaltung kommen also nicht beiden Geschlechtern gleichermaßen zu Gute. So what? Soll man mehr Lampen aufstellen und das Gebüsch lichten, damit die Frauen sich wohler fühlen? Oder fühlen die Frauen sich wohler im Kaffeehaus und die Parkverwaltung wäre besser beraten, wenn sie eine nette Gartenwirtschaft einrichtet? und was, wenn bei der Datenanalyse herauskommt, dass die mehrfach belasteten Frauen einfach keine Zeit haben, weder für den Parkspaziergang noch fürs Kaffeehaus? Ist dann die Parkverwaltung überhaupt noch zuständig? Und falls nicht: welche Instanz wird das entscheiden? Mehr noch: hört hier nicht der Kompetenzbereich der Verwaltung auf?“⁴⁷

Eine weitere beliebte Methode der Blockade bereits der Gleichstellungspolitik und damit dann auch von Gender Budgeting ist, den eigenen Aufgabenbereich in seinen Wirkungen auf die Bevölkerung als geschlechtsneutral zu definieren. Das enthebt weiterer Anstrengungen. „Gefördert wird diese Haltung“, so heißt es in der Stellungnahme der Gleichstellungsstelle für Frauen der Stadt München an die Stadtkämmerei in o.g. Sache weiter, durch die immer noch sehr dominante Inputorientierung von Verwaltungshandeln. Wer seine Aufgaben nicht in Beziehung setzt zu den Zielgruppen seines Tuns, wird schwerlich geschlechtsdifferenziert Bedürfnisstrukturen wahrnehmen.⁴⁸ Diese hier im Rahmen der Diskussion zu Gender Mainstreaming vorgebrachte Kritik der Gleichstellungsbeauf-

dies an der Problematik der Finanzierung für Frauenhäuser veranschaulicht – diese kommen zu 100% Frauen und Kindern zugute, damit wären die Mittel von der Nutzung her betrachtet scheinbar eindeutig diesen zuordenbar. Verursacher dieser Aufenthalte sind jedoch in der Regel die Männer, nach diesem Prinzip ergäbe sich dann eine andere Mittelzuordnung.

⁴⁶ vgl. Vortrag der Landesbeauftragten für Gleichstellung und Frauenpolitik von Sachsen-Anhalt, Isolde Hofmann, anl. der Anhörung des Frankfurter Stadtparlaments zur Einführung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung am 12.05.2003. Anlage 2 der Niederschrift über die 20. Sitzung des Frauenausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 12.05.2003

⁴⁷ zitiert nach Wetterer A. a.a.O., S. 145

⁴⁸ Schreiben der Gleichstellungsstelle für Frauen vom 07.Januar 2004 an die Stadtkämmerei. Zitiert nach: Beschluss des Finanzausschusses am 27.01.2004 (VB)

tragten reicht weit über den konkreten Anlass (Einführung Gender Budgeting) hinaus und bestätigt damit die international getroffene Einschätzung, dass bereits die Auseinandersetzung und der Beginn der Einführung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting positive Veränderungen für das gesamte Verwaltungshandeln durch das Infragestellen und Überdenken „traditioneller“ Handlungsabläufe auslösen können. Insofern können bereits hierdurch fortschrittliche Effekte für Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Gleichfalls zu nennen sind Verfahrensweisen, bei denen Vorlagen zu bestimmten Haushaltsentscheidungen so spät in die Entscheidungsgremien gegeben werden, dass den Frauenbeauftragten keine Zeit mehr zur Prüfung der möglichen Konsequenzen bleibt.

An dieser Stelle ist besonders hervorzuheben, dass in der Literatur beschriebene Beispiele des Scheiterns von Gender Mainstreaming bzw. Budgeting nicht darauf zurückgeführt werden, weil sich diese Instrumente als wirkungslos erwiesen haben, sondern sie scheiterten an ihrem Gegenteil (A. Wetterer geht dazu auf das Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft und die „Equal Pay“ Initiative ein).⁴⁹

4.5. Voraussetzungen für die erfolgreiche Einführung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting

In der Literatur werden folgende genannt:

- Verfügbarkeit von geschlechtsspezifischen Statistiken und Auswertungen

In der Regel werden Statistiken nicht von vornherein durchgehend geschlechtsspezifisch angelegt. Bereits dazu bedarf es in der Regel der Herbeiführung entsprechender neuer Entscheidungen. Teilweise werden diese dann dadurch in der Umsetzung erschwert, dass die Landesämter für Statistik (oder entsprechende kommunale Stellen) personell gekürzt oder ganz aufgelöst werden (wie z.B. in der Stadt Rostock).

- Weiterhin ist die Auswertung und entsprechende Arbeit mit den statistischen Daten keineswegs selbstverständlich. Es reicht jedoch (auch für andere Zusammenhänge) keineswegs aus, Daten zu erheben. Der weitaus schwierigere und entscheidende Teil ist es, diese Daten auch unter Einbeziehung von Erkenntnissen anderer Fachgebiete so zu interpretieren, dass sie wirklich zur Grundlage politischer Entscheidungen gemacht werden können.

- Bei Ableitung entsprechender Strategien und Beschlüsse muss streng auf deren Praktikabilität und Transparenz geachtet werden, d.h. es muss klar sein

- wer wofür verantwortlich ist
- mit welchen Instrumenten gearbeitet werden soll
- nach welchen controlling Verfahren überprüft werden soll.

- Eine wichtige internationale Erfahrung besagt, dass es für den Erfolg von Gender Budgeting Bestrebungen günstig ist, nicht als einzelne Initiative zu agieren, sondern sich mit anderen zu vernetzen bzw. die Gender Budgeting Perspektive in andere Aktivitäten zu integrieren. In Deutschland bieten sich dazu die not-

⁴⁹ vgl. Wetterer A. Strategien rhetorischer Modernisierung, S. 336

wendigen Verfahren und Abstimmungen zu Haushaltskonsolidierungen ebenso an wie Bemühungen um mehr Transparenz und Demokratie bei Entscheidungen zu kommunalen Haushalten (Stichwort: Bürgerhaushalt).

5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die weitere Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Sowohl Gender Mainstreaming als auch Gender Budgeting sind in umfassendere gegenwärtige politische Ansätze einzuordnen und zu diskutieren. Die mehrfach aufgeworfene Frage bzw. Bewertung von beiden als neoliberale Strategien⁵⁰ bzw. als Instrument „der passförmigen Einbindung der Geschlechter in den Wirtschaftsprozess“⁵¹ muss durchaus künftig weiter verfolgt und diskutiert werden. Jutta Ditfurth (Abgeordnete im Stadtparlament Frankfurt am Main) wirft die Frage auf, ob Gender Mainstreaming (und damit auch Gender Budgeting) evt. nur den Abbau des Sozialstaates flankieren soll. Ihre Kritik richtet sich im Kern auf zwei Punkte:

- die Strategien tragen nichts bei zur Verbesserung der Lage unterprivilegierter Frauen, Arbeiterfrauen, Migrantinnen und Frauen in der 3. Welt
- in der EU ist es die gleiche Kommission, die eine rabiate Preispolitik (und damit letztendlich Politik gegen Frauen) betreibt, die sich auch für Gender Mainstreaming und Budgeting einsetzt...⁵²

Carol Hagemann-White schließt hier an, indem sie die übliche Einführungsstrategie „Top-down“ als den Traditionen der Bürokratie restlos angepasst beschreibt und kritisiert, dass bei dieser Verfahrensweise, die Entscheidungen darüber, welche Veränderungen anzustreben sind, an der Spitze der Organisation getroffen werden. Es werden dann von oben Gender-Beauftragte ernannt, die sich schulen lassen und sodann fundiertes Wissen über Geschlechterverhältnisse beratend einbringen. Von zentraler Bedeutung seien bei diesem Weg Statistiken, in denen überall der Anteil von Frauen und Männern ausgewiesen wird sowie die jeweilige Höhe der Mittel: Dem liege die irrige Annahme zugrunde, dass „numerische Gleichheit der Nachweis erreichter Gleichberechtigung wäre“.⁵³

Diese durchaus bei der Entscheidung und konkreten Verfahrensweise von Gender Budgeting immanenten Gefahrenpotentiale sind keineswegs zu übersehen oder zu unterschätzen. Gleichwohl eröffnet Gender Budgeting einen Zugang zur Demokratisierung und Partizipation von Haushaltsentscheidungen auf den verschiedensten Ebenen. Dieses dem Verfahren innewohnende Potential vergrößert sich durch die Verknüpfung mit anderen Initiativen.

⁵⁰ s. u.a. Schunter-Kleemann S. Gender mainstreaming als neoliberales Projekt? utopie kreativ 108(1999)10

⁵¹ Stichwort Gender Mainstreaming in: Haug F. (Hrsg.) (2003) Historisch-Kritisches Wörterbuch des Feminismus. Hamburg, S. 398

⁵² Wortprotokoll über die 15. Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 29. August 2002, Stadt Frankfurt am Main, S. 91, vgl. dazu auch Wetterer A. und Schunter-Kleemann S. – Diese verweisen unabhängig voneinander darauf, dass schon rein zeitlich die regierungsamtliche Einführung bestimmter Gender-Strategien mit anderen politischen Entscheidungen (im Sinne von Sozialabbau) zusammenfallen.

⁵³ Hagemann-White C. von der Gleichstellung zur Geschlechtergerechtigkeit: Das paradoxe Unterfangen, sozialen Wandel durch strategisches Handeln in der Verwaltung herbeizuführen. in: Gender Mainstreaming. BzgA Forum Sexualaufklärung und Familienplanung No 4, 2001, S. 37

In diesem Sinne ist Gender Budgeting auch als ein Instrument zum Qualitätsmanagement anzusehen.

Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist es daher an der Zeit (will sie nicht hoffnungslos hinter dem Zeitgeist zurück bleiben), dieses Prinzip ebenfalls in ihre Satzung aufzunehmen, entsprechende Analysen ihres Budget und ihrer Aktivitäten zu erstellen und künftige Planvorhaben im In- und Ausland danach auszurichten.

Hinzu kommt, dass international der Druck zunehmen wird, Fördermittel nur dann zu vergeben, wenn die Anträge nachweislich „gegendert“ sind, d.h. den gesetzlichen Vorgaben entsprechen (in der EU ab 2006).

Angezeigt ist daher auch die weitere Beschäftigung mit den internationalen theoretischen Prämissen und praktischen Erfahrungen bei der Umsetzung. Zu verweisen ist insbesondere auf

künftig weiter zu verfolgende einzelne Problemkreise:

- Forschungen zu Gender Budgeting als Ausdruck einer neoliberalen Strategie insbesondere zu Fragen Personalmanagement
- als Instrument der Weltbank um den effektiven Einsatz von Krediten zu steuern
- Einführung bzw. Umsetzung von Gender Budgeting in Form der Top-down-Strategie (was ändert sich mit der Verlagerung der Definitionsmacht?)

Zu empfehlen ist die langfristige Vorbereitung und Ausrichtung einer bundesweiten Konferenz zum Thema Gender Budgeting als Beitrag der Demokratisierung und Möglichkeit von Partizipation von BürgerInnen in den Kommunen. Bisher hat es dazu nur lokale Aktivitäten gegeben. Während der Kontaktphase mit den einzelnen Beteiligten wurde ein sehr großes Interesse an Vernetzung, Abgleich gemachter Erfahrungen und Austausch signalisiert. Günstig wäre 2005, da zu diesem Zeitpunkt bereits erste Ergebnisse aus den Pilotprojekten vorliegen. Gleichzeitig ließen sich hier erzielte Ergebnisse effektiv in den Wahlkampf 2006 einarbeiten.

Außerdem sollte die im Zusammenhang mit der Hans-Böckler-Stiftung ange-deutete Zusammenarbeit mit IGUS e.V. geprüft werden.

Anhang

6.1. Definitionen und Kernaussagen zum Begriff Gender Budgeting

Gender Budgeting

1. ist „... ein Instrument der Diagnose und Würdigung der Lebenslagen der Geschlechter als auch die Grundlage für eine Politik, die materielle und soziale Güter im Gleichgewicht halten will“⁵⁴

2. hat die zusammenhängenden Ziele

“• Aufmerksamkeit für die genderspezifischen Auswirkungen der Budgets und Politiken zu schaffen.

• Die Regierung zur Rechenschaft über ihre Zusagen im Bereich von Gendergleichstellung zu verpflichten.

• Veränderungen bei Politiken und Budget im Sinne einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung von Frauen und mehr Gendergleichstellung zu erreichen.“⁵⁵

3. „Es ging ... in erster Linie um Verteilungsgerechtigkeit – genauer darum, bestehende Ungerechtigkeiten in der Verteilung öffentlicher Mittel aufzudecken und damit die Lücke zwischen offiziellen Verlautbarungen und praktischer Haushaltspolitik sichtbar zu machen.“⁵⁶

4.... bedeutet, „dass die Ausgaben der öffentlichen Haushalte daraufhin überprüft werden, ob und wie sie sich auf Männer und Frauen gleichermaßen auswirken, ihnen gleichermaßen nutzen, d.h. ob die Haushaltsmittel, das Geld, unter sozialen Gesichtspunkten gerecht unter den Geschlechtern aufgeteilt wird.“⁵⁷

In Basel wurde das ganze als *Budgetinzidenzanalyse*⁵⁸ eingeführt. Damit sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer empfängt welche staatlichen Leistungen? (Ausgabeinzidenz)
- Wer trägt wie stark über Steuern und Abgaben zum Staatshaushalt bei (Einnahmeinzidenz)?
- Wie wirkt sich dies auf die Umverteilung des Staatshaushaltes aus? Wer zahlt per Saldo und wer empfängt (Budgetinzidenz)?⁵⁹

4. „Budget steht für den (öffentlichen) Haushalt, den es beim Gender Budgeting

⁵⁴ Stiefel E. Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.) Gender Budgeting Sperriger Name – lohnendes Ziel. Düsseldorf, 2003, S. 7

⁵⁵ Katzer E. ebenda, S. 9

⁵⁶ Nungesser K. Keine Zauberformel Freitag vom 9.5.2003

⁵⁷ Gundel Köbke und Brigit Ludwig in der Sendung „Zeitpunkte“, Sender Freies Berlin am 20.2.2002

⁵⁸ Inzidenz lt. Fremdwörterbuch: Maß für die Häufigkeit eines Auftretens

⁵⁹ Pfeifer A. ebenda S. 24

aus einer Geschlechterperspektive zu analysieren und gerecht zu verteilen gilt. Das betrifft den Haushalt der Kommunen, der Länder und des Bundes.

Gender Budgeting Analysen stellen zum Beispiel fragen wie:

- Wie verteilt sich die für jede Gesellschaft notwendige, aber dennoch unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen?
- Vor diesem Hintergrund ist zu fragen: ziehen eher Männer oder Frauen aus staatlichen Ausgaben und Förderungen einen Nutzen? Treffen Einsparungen des Staates eher Männer oder Frauen?
- Vergrößern oder verkleinern bestimmte Politikstrategien Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht durch Finanzpolitik?

Grundgedanke des Gender Budgeting ist: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik.⁶⁰

5. „Die Knappheit der staatlichen Mittel macht innovative Ansätze bei der Verteilung der vorhandenen Ressourcen unabdingbar, nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den nichtstaatlichen Organisationen und im Privatsektor. Eine dieser Neuerungen ist die geschlechterdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte, die sich zu einem wichtigen Instrument für die Feststellung der unterschiedlichen Auswirkungen von Ausgaben auf Männer und Frauen entwickelt, mit dem Ziel eine ausgewogene Nutzung der vorhandenen Ressourcen sicherzustellen.“⁶¹

6. „Gender Budgeting ist ein integratives haushaltspolitisches Verfahren, das eine systematische geschlechterdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalts- und Finanzpolitik und zugleich der konkreten Haushaltspläne der einzelnen Ressorts bzw. Bezirke intendiert. Mit Hilfe einer Gender Budget Analyse kann also die geschlechtsspezifische Verteilung von Haushaltsmitteln erfasst, dokumentiert und gegebenenfalls korrigiert werden. Demgemäß ist zu prüfen, wem der Einsatz finanzieller Ressourcen zu gute kommt, wie die Partizipation zu diesen Mitteln erfolgt und ob die entsprechende Ressourcenverteilung dazu beiträgt, bestehende Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu vergrößern oder zu verkleinern.“⁶²

7. „Geschlechterbewusste Haushaltsplanung will nicht die Interessen von Frauen als einer speziellen „Interessengruppe“ neben andern artikulieren und durchsetzen. Es soll vielmehr ein *umfassendes öffentliches Bewusstsein darüber geschaffen werden*, wie öffentliche Einnahmen und Ausgaben auf Frauen und Männer verteilt sind, *auf welchen Annahmen* über Arbeits- und Aufgabenverteilung die-

⁶⁰ Petra Kelly Stiftung (Hrsg.) Gender Budget Grundlagen Hintergründe Handlungsmöglichkeiten. Bamberg, München, 2002, S. 16

⁶¹ BMFSFJ (Hrsg.) Die wesentlichen Ergebnisse der Sondergeneralversammlung Peking+5 „Frauen 2000: Gleichstellung und Frieden für das 21. Jahrhundert“ Bonn, Berlin o.J., S. 43f

⁶² Arbeitsgruppe Genderbudget bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Erste Handlungsansätze für eine Gender Budget Analyse in Pilotbereichen der Berliner Verwaltung (Arbeitspapier) Stand Nov. 2003

se Verteilung *beruht*, wie sich die Ausgestaltung haushaltspolitischer Maßnahmen auf die Stellung von Männern und Frauen auswirkt und wie eine geschlechtsneutrale Haushaltserstellung aussehen sollte.“⁶³

8. wirklich als Definition findet sich der Begriff bei Regina Frey: „Gender Budgeting ist ein integratives Verfahren, das a) eine systematische Analyse der öffentlichen Haushaltspolitik und der konkreten Haushalte ermöglicht und zwar darauf hin, welche Auswirkungen vorgeschlagene oder bereits in Kraft getretene haushaltspolitische Maßnahmen, Programme und Gesetze auf Frauen und Männer *bzw. verschiedene Gruppen von Frauen und Männern* haben. Und:

b) aus dieser Analyse entsprechende politische Schlüsse zieht.“⁶⁴

9. „Budget“ im Begriff Gender Budgeting steht für den öffentlichen Haushalt. In die Analyse werden alle öffentlichen Einnahmen und Ausgaben und die dahinterstehenden politischen Strategien einbezogen: Wer wird zur Kasse gebeten und wer wird gefördert? Welche Prioritäten werden gesetzt? *Wo steuert der Staat und wo überlässt er es dem freien Markt?*“⁶⁵

10. „Hinter den zwei letzteren Begriffen (Gender Budget und Gender Budget Analysis – V. Schubert-Lehnhardt) steht die Idee, dass die Regierung Rechenschaft darüber ablegen soll, welche Auswirkungen ihre Haushaltspolitik auf die Geschlechterverhältnisse und die Gleichstellung zwischen Frau und Mann hat. Das Gewicht liegt stärker an der Berichterstattung und der Rechenschaftspflicht von Regierungen in Sachen Gleichstellungspolitik als auf den Gesetzen oder politischen Prinzipien, die umgesetzt werden müssen.“⁶⁶

11. „Engendering Budgets bedeutet, die Geschlechterperspektive in budget- und wirtschaftspolitische Prozesse und Entscheidungen einzubringen, die Politiken zu verändern und gleichzeitig auf eine Transformation der Prozesse in Richtung Öffnung und Demokratisierung hinzuarbeiten.“⁶⁷

ebenda heißt es weiter:

„Das Budget reflektiert die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten einer Regierung und spiegelt damit auch ein bestimmtes gesellschafts-

⁶³ Schratzenstaller M. Durch die Geschlechterbrille gesehen – Haushalt und Finanzen im Überblick. Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung Kommunalpolitisches Forum: Kommunale Finanzen und Geschlechtergerechtigkeit, 29.5.2000 – Hervorhebung von mir V.S-L

⁶⁴ Frey R. Das bisschen Haushalt? Gender Budgeting als geschlechterpolitische Strategie (Anlage 3 zu Berliner Initiative) – Hervorhebung von mir – V.S-L

⁶⁵ Erbe B. Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und Männer. Gender Budgeting in der Praxis, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven hrsg. von der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München, o.J., S.10.

⁶⁶ Madörin M. Gender Budget. Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming. in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 23(2003)1, S.35

⁶⁷ Beigewurm (Hrsg.) (2001) Frauen machen Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien, S. 10

politisches Leitbild wider. Es bildet die Machtverhältnisse in der Gesellschaft ab, da darin festgelegt wird, wie die Regierung die öffentlichen Gelder aufbringt und wie diese verteilt werden. Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik.“⁶⁸

⁶⁸ ebenda, S. 12

6.2. Literaturverzeichnis

Angelo S. Schlager Ch. Lunzer G. Bergmann N. Mayrhofer Ch. (2003) Engendering Budgets – Problemaufriss für Österreich. Kurswechsel No 1

Anhörung des Frankfurter Stadtparlaments zur Einführung von Gender Mainstreaming in der Verwaltung am 12.05.2003. Niederschrift über die 20. Sitzung des Frauenausschusses der Stadtverordnetenversammlung am 12.05.2003

Arbeitsgruppe Genderbudget bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Erste Handlungsansätze für eine Gender Budget Analyse in Pilotbereichen der Berliner Verwaltung (Arbeitspapier) Stand Nov. 2003

Beigewurm (Hrsg.) (2001) Frauen machen Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien

Budlender D. (2002) Gender Budgets make more cents. Country studies and good practice. London

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2002) Fünfter Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002) Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Opladen

Die Grünen im Landtag NRW (Hrsg.) (2003) Gender Budgeting Sperriger Name – lohnendes Ziel. Düsseldorf

Englert D. Kopel M. Ziegler A. (2002) Gender Mainstreaming im Europäischen Sozialfonds – Das Beispiel Deutschland. WSI Mitteilungen 55(2002)8

Erbe B. (o.J.) Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und Männer. Gender Budgeting in der Praxis, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven hrsg. von der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München

Frey R. (2003) Gender im Mainstreaming. Geschlechtertheorie und –praxis im internationalen Diskurs. Königstein/Taunus

Gender Mainstreaming bei der Haushaltskonsolidierung. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/rosa liste münchen vom 3. Juli 2002, Nr. 02/08/A 00146

Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales (o.J.) Magdeburg

Gender Mainstreaming in Frankfurt am Main (2004) hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt

Gerechte Vergabe öffentlicher Mittel – Prüfkriterium Gleichstellung von Frauen und Männern. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen vom 20.07.1995 und Gerechte Vergabe öffentlicher Mittel – Prüfkriterium Gleichstellung von Frauen und Männern. Kleine Handreichung zur Umsetzung der Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen. Büro des Oberbürgermeisters 05.02.1997

Hagemann-White C. (2001) Von der Gleichstellung zur Geschlechtergerechtigkeit: Das paradoxe Unterfangen, sozialen Wandel durch strategisches Handeln in der Verwaltung herbeizuführen. in: Gender Mainstreaming. BzGA Forum Sexualaufklärung und Familienplanung No 4

Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) (2002) Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting? Überlegungen und Beispiele von Diane Elson und Brigitte Young. Berlin

Hofmann I. Körner K. Färber Ch. Geppert J. Rösger A. Wanzek U. (2003) Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt: Konzepte und Erfahrungen. hrsg. im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt. Opladen

Holland-Letz S. (2003) Wie wird Gender Mainstreaming in den Kommunen umgesetzt? der städtetag No 4

dies. Keine Haushaltsentscheidung ist geschlechtsneutral. (2003) der städtetag No 6

In M-V gemeinsam Gleichstellung gestalten. Dokumentation zur Fachtagung am 10.11.2003 in Warnemünde (2003) hrsg. Frauenbildungsnetz M-V e.V., Rostock

Klatzer E. (2002) Engendering Budgets. Ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaftspolitik und ein zentrales Instrument einer umfassenden Gender-Mainstreaming-Politik. Kurswechsel Heft 1

Madörin M. Gender Budget. Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming. in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 23(2003)1

Nohr B. Veth S. (2002) Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie. Berlin

Petra Kelly Stiftung (Hrsg.) (2002) Gender Budget Grundlagen Hintergründe Handlungsmöglichkeiten. Bamberg, München

Rahmenantrag – Umsetzung des Gender Mainstreaming Ansatzes in der Berliner Politik und Verwaltung – Senatsbeschluss Nr. 225/02 vom 14.05.2002 und Beschluss zu Finanzpolitischen Instrumenten des Gender Mainstreaming (Gender Budget) – DRS 15/601 vom 27.06.2002

Rösener A. Damkowski W. (2004) Gender Controlling in der Kommune. Die Gender-Strategie-Karte als Instrument zur Umsetzung von Gender Mainstreaming. hrsg. IGUS e.V. Hamburg

Schattenberichte zum 5. Staatenbericht der Bundesregierung Deutschland, 2003 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW)

Schunter-Kleemann S. (1999) Gender mainstreaming als neoliberales Projekt? utopie kreativ 108(1999)10

dies. (2001) Doppelbödiges Konzept. Ursprung, Wirkungen und arbeitsmarktpolitische Folgen von „Gender Mainstreaming“ in: forum Wissenschaft 18(2001)1

Schatzenstaller M. (2000) „Durch die Geschlechterbrille gesehen – Haushalt und Finanzen im Überblick“ hrsg. Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung. Kommunalpolitisches Frauenforum: Kommunale Finanzen und Geschlechtergerechtigkeit, 29.5.2000

dies. (2002) Gender budgets – ein Überblick aus deutscher Perspektive. in: Riedmüller B. Gender Mainstreaming – eine Innovation der Gleichstellungspolitik. Zwischenberichte aus der politischen Praxis. Frankfurt/New York

Stepanek B. Krull P. (2002) Gleichstellung und Gender Mainstreaming. hrsg. im Auftrag des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern e.V. 3. Auflage, Rostock

Stiegler B. (2002) Gender macht Politik. 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming. Friedrich-Ebert-Stiftung

Wetterer A. (2002) Strategien rhetorischer Modernisierung. Gender Mainstreaming, Managing Diversity und die Professionalisierung der Gender-Expertinnen. Zeitschrift für Frauen- und Geschlechterforschung 20(2002)3

Wortprotokoll über die 15. Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 29. August 2002, Stadt Frankfurt am Main

Wrede B. (2003) Geld und Geschlecht. Tabus, Paradoxien, Ideologien. Opladen

6.3. Wichtige Internetadressen

www.gender-mainstreaming.net

www.gender-budgets.de

6.4. Dokumente

- Antrag der FDP-Fraktion in Karlsruhe zu „Gender Mainstreaming in der kommunalen Politik“ und Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates dazu
- Beschluss zum Landeshaushaltsgesetz in Nordrhein-Westfalen
- Berliner Landeskommission Gender Mainstreaming. Unterarbeitsgruppe Gender Budget. Gender Budgeting. Einführungsstrategie
- Brief: An den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
- Gerechte Vergabe öffentlicher Mittel – Prüfkriterium Gleichstellung von Frauen und Männern. Kleine Handreichung zur Umsetzung der Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen vom 20.07.1995 (München)
- Projektbeschreibung der Stadt Frankfurt am Main „Sister Cities Going Gender“
- Schreiben der Wählergemeinschaft „Die Grünen e.V.“ an die Bürgermeisterin der Stadt Marl